

Neustadt
Dresden,
in der Expedi-
tion, N. Meißn.
Gasse Nr. 3,
zu haben.

Sächsische Vorzeitung.

Preis:
vierteljährlich
15 Ngr. Zu
beziehen durch
alle kais. Post-
Anstalten.

Ein unterhaltendes Blatt für den Bürger und Landmann.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag früh.

Inseratenpreis: Für den Raum einer gespaltenen Zeile 1½ Ngr. Unter „Eingefandt“ 3 Ngr.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Herrmann Müller in Dresden.

Politische Weltschau.

Deutsches Reich. Schon vor längerer Zeit brachten die Zeitungen eine Nachricht, nach welcher zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Papste ein Briefwechsel von hohem Interesse stattgefunden habe und der seinem Inhalte nach sich auf die kirchlichen Wirren der Gegenwart beziehe. Wenn die Regierung bis dahin Anstand nahm, denselben der Öffentlichkeit zu übergeben, so geschah dies offenbar aus dem Grunde, dem Papste Zeit zu lassen, sich den Inhalt des kaiserlichen Schreibens genau zu überlegen und durch ein Einlenken zu zeigen, daß es ihm wirklich Ernst sei, dem kirchlichen Konflikte in Deutschland ein Ende zu machen. Nachdem jedoch nach Verlauf eines vollen Monats in dem Verhalten des deutschen Klerus sich nicht nur nichts geändert, sondern im Gegentheil die Anmaßung desselben sich gesteigert hat, hält es die Regierung für angezeigt, den genannten Briefwechsel durch den „Staatsanzeiger“ der Öffentlichkeit zu übergeben. In dem vom 7. August d. J. datirten Schreiben des Papstes wird im Eingange so lägenhaft wie nur irgendmöglich auf die Maßregeln der preussischen Regierung hingewiesen, die kein anderes Ziel hätten, als die Vernichtung des Katholicismus zu beschleunigen und damit überhaupt die Religion Jesu Christi zu schädigen. In die alte päpstliche Arroganz verfallend, heißt es dann am Schlusse: „Ich rede mit Freimuth (!), denn mein Panier ist Wahrheit und ich rede, um eine meiner Pflichten zu erfüllen, welche darin besteht, Allen die Wahrheit zu sagen und zwar auch Denen, die nicht Katholiken sind. Denn Jeder, welcher die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Beziehung oder auf irgend eine Weise, welche hier näher darzulegen nicht der Ort ist, dem Papste an.“ Dieser Ansicht scheint jedoch der deutsche Kaiser in keiner Weise zu huldigen, wie der von ihm an den Papst gerichtete und vom 3. Sept. d. J. datirte Brief am Schlusse deutlich genug ausweist. „Noch eine Aeußerung in dem Schreiben Eurer Heiligkeit“, heißt es daselbst, „kann ich nicht ohne Widerspruch übergeben, wenn sie auch nicht auf irrigen Berichterstattungen, sondern auf Eurer Heiligkeit Glauben beruht, die Aeußerung nämlich, daß Jeder, der die Taufe empfangen hat, dem Papste angehöre. Der evangelische Glaube, zu dem ich mich, wie Eurer Heiligkeit bekannt sein muß, gleich meinen Vorfahren und mit der Mehrheit meiner Unterthanen bekenne, gestattet uns nicht, in dem Verhältniß zu Gott einen anderen Vermittler als unseren Herren Jesum Christum anzunehmen.“ Nicht minder klar und zutreffend ist jener Passus, welcher sich auf die Anschuldigung bezieht, die Vernichtung des Katholicismus gut geheißt zu haben. „Zu meinem tiefen Schmerze“, wird im Eingange des kaiserlichen Schreibens Sr. Heiligkeit bemerkt, „hat ein Theil meiner katholischen Unterthanen seit zwei Jahren eine politische Partei organisiert, welche den in Preußen seit Jahrhunderten bestehenden konfessionellen Frieden durch staatsfeindliche Umtriebe zu stören sucht. Leider haben höhere katholische Geistliche diese Bewegung nicht nur gebilligt, sondern sich ihr bis zur offenen Auflehnung gegen die bestehenden Landesgesetze angeschlossen. Es ist nicht meine Aufgabe, die Ursachen zu untersuchen, durch welche Priester und Gläubige einer der christlichen Konfessionen bewo-

gen werden können, den Feinden jeder staatlichen Ordnung in Bekämpfung der letzteren behüßlich zu sein; wohl aber ist es meine Aufgabe, in den Staaten, deren Regierung mir von Gott anvertraut ist, den inneren Frieden zu schützen und das Ansehen der Gesetze zu wahren. Ich bin mir bewußt, daß ich über Erfüllung dieser meiner königlichen Pflicht Gott Rechenschaft schuldig bin, und ich werde Ordnung und Gesetz in meinen Staaten jeder Anfechtung gegenüber aufrecht halten, so lange Gott mir die Macht dazu verleiht. Ich bin als christlicher Monarch dazu verpflichtet auch da, wo ich zu meinem Schmerze diesen königlichen Beruf gegen die Diener einer Kirche zu erfüllen habe, von der ich annehme, daß sie nicht minder, wie die evangelische Kirche, das Gebot des Gehorsams gegen die weltliche Obrigkeit als einen Ausfluß des uns geoffenbarten göttlichen Willens erkennt. Zu meinem Bedauern verleugnen Viele der Eurer Heiligkeit unterworfenen Geistlichen in Preußen die christliche Lehre in dieser Richtung und setzen meine Regierung in die Nothwendigkeit, gestützt auf die große Mehrzahl meiner treuen katholischen und evangelischen Unterthanen, die Befolgung der Landesgesetze durch weltliche Mittel zu erzwingen. Ich gebe mich gern der Hoffnung hin, daß Eure Heiligkeit, wenn von der wahren Lage der Dinge unterrichtet, Ihre Autorität werden anwenden wollen, um der, unter bedauerlicher Entstellung der Wahrheit und unter Mißbrauch des priesterlichen Ansehens betriebenen Agitation ein Ende zu machen. Die Religion Jesu Christi hat, wie Ich Eurer Heiligkeit vor Gott bezeuge, mit diesen Umtrieben nichts zu thun, auch nicht die Wahrheit, zu deren von Eurer Heiligkeit angerufenem Panier ich mich rückhaltlos bekenne.“

Ueber den Stand der Vorlagen für den preussischen Landtag wird jetzt bekannt, daß die Entwürfe, mit denen man sich in den einzelnen Ressorts beschäftigt hat, in etwa 14 Tagen so weit gefördert sind, um dem Staatsministerium übergeben werden zu können. Erst wenn das geschehen ist, läßt sich übersehen, welchen Umfang die Regierungsvorlagen haben sollen. Mit ziemlicher Sicherheit läßt sich jedoch schon heute berichten, daß der Entwurf über das Eisenbahnconcessionswesen und ähnliche Vorlagen schon in der ersten Hälfte der Session an den Landtag gelangen werden, und zwar gewissermaßen als eine Folge und Ergänzung des zu erwartenden Berichtes der Special-Kommission für das Eisenbahnwesen, welcher, wie man sich erinnern wird, von dem Kaiser mit der ausdrücklichen Weisung an das Staatsministerium zurückgelangt ist, Gesetzentwürfe zu machen, um die hervorgetretenen Uebelstände zu beseitigen. Die Beratungen im Handelsministerium über das Concessionsgesetz sind abgeschlossen.

Die Frage der personalen Rekonstruktion des preussischen Staatsministeriums in Verbindung mit dem Reichskanzleramt soll nunmehr einer Erörterung unterworfen werden. Daß die Leitung Preußens und des Reichs in personalem Zusammenhang stehen muß, ist oft genug in den Zeitungen ausgeführt worden und die Nothwendigkeit dieses Zusammenhanges möchte wohl in immer weiteren Kreisen erkannt werden. Nur wenn die Reichsleitung Preußens mit der in möglichster Harmonie sich befindet, kann sie selbst gedeihlich geführt werden und kann sie die Schwierig-